

Grußwort des Bündnis für Remscheid (Norbert Horn 1. Vorsitzender AWO Kreisverband Remscheid) zum 1. Mai 2010 Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Remscheider,

Wir gehen vor, dieses Motto ist in so vielfacher Bedeutung wichtig für uns alle. Als die Remscheider Wohlfahrtsverbände aus Sorge um die Zukunft Remscheids vor fast einem Jahr das Bündnis für Remscheid gegründet haben, war das Thema Gemeindefinanzierung in weiten Teilen der Bevölkerung nicht präsent.

Inzwischen haben weit über 2000 Menschen die Petition für eine gerechte Gemeindefinanzierung unterschrieben. Das sind viele und ihnen danke ich hier.

Bei einer Bevölkerung von über 110.000 ist es aber immer noch viel zu wenig. Aber diejenigen, die noch nicht unterschrieben haben, können das z.B. am AWO Stand heute nachholen oder im Internet bis zum 15. Mai 2010.

Und ich danke besonders den Kindern und Jugendlichen der Jugendzentren, der Jugend- Musik- und Kunstschule und des Jugendrates, die sich hier aktiv einmischen. Wir brauchen mehr Menschen, die sich einmischen. Und wir Gewerkschafter wissen das: Kinder und Jugendliche, die sich engagieren und einmischen, die streitbar sind, sind die Zukunft dieses Landes, und damit unsere Zukunft. Und liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin froh, dass wir eine Oberbürgermeisterin haben, die weiß, dass wir engagierte und streitbare Menschen in dieser Stadt brauchen. Beate, wir stehen zu Dir, damit wir eine vernünftigen Kinder-, Jugend-, Bildungs- und Sozialpolitik für unser aller Zukunft durchsetzen können.

Heute besteht das Bündnis aus insgesamt 22 Organisationen und Verbänden. Ich danke den

Gelöscht: 08:16:26

Grußwort des Bündnis für Remscheid (Norbert Horn 1. Vorsitzender AWO Kreisverband Remscheid) zum 1. Mai 2010 Es gilt das gesprochene Wort

Remscheider Gewerkschaften, dass sie sich beim Bündnis engagieren. Zahlungsunfähige Städte sind eine Gefahr für das Zusammenleben aller Menschen. In immer mehr Städten werden solche Bündnisse geschlossen, weil alle Kommunen dasselbe Problem haben:

Die Ausgabenlast, die Bund und Land den Kommunen aufgebürdet haben, treibt die Kommunen in die Pleite. Das, was die Kommunen streichen können, egal ob sinnvoll oder unsinnig bis schädlich, es reicht nicht aus, um die Städte zu retten.

Vor ca. einem Jahr hat man nur vereinzelt Politiker gefunden, die das so öffentlich gesagt haben.

Noch vor ca. 2 Wochen erklärte der Landesfinanzminister, dass das Land selber kein Geld habe.

Inzwischen hat auch die Landesregierung kurz vor der Landtagswahl zugesagt, dass es einen Schuldenfond geben soll. Man will die Städte und Gemeinden in Berlin unterstützen, mit dem Ziel, dass der Bund sich seiner Verantwortung stellt. Für mich ein sehr schneller Sinneswandel. Hoffen wir, dass das nach der Wahl auch noch gilt. Und hoffen wir alle, dass wir diejenigen, die nach dem 9. Mai die Landesregierung stellen, nicht in die Demenzberatung schicken müssen, weil sie Symptome von Wahlversprechendemenz zeigt. Um Politik zu helfen, nicht zu vergessen, dass die Städte und Gemeinden die Keimzellen unseres Demokratischen Systems sind, müssen sich möglichst viele Menschen an der Petition für Remscheid, die inzwischen im Landtag offiziell angemeldet ist, beteiligen.

Bei dieser Petition geht es nicht darum, dass wir Remscheider uns aus unserer Verantwortung für diese Stadt stehlen wollen, NEIN, auf keinen Fall. Wir

Gelöscht: 08:16:26

Grußwort des Bündnis für Remscheid (Norbert Horn 1. Vorsitzender AWO Kreisverband Remscheid) zum 1. Mai 2010 Es gilt das gesprochene Wort

werden unsere Verantwortung weiterhin wahrnehmen. Seit über 15 Jahren bekommen Wohlfahrts- und Jugendverbände dieselbe Finanzierung, ohne Anpassung an die Preissteigerung und ohne Anpassung der Gehälter. Und es ist eindeutig: In Remscheid bekommt man für einen EURO am meisten Leistungen im Bereich der Jugendarbeit in ganz NRW. In Remscheid wird mit einem eher bescheidenen Budget von Jugend-, Sozial- und Sportverbänden eine vorbeugende Arbeit gemacht, um zu verhindern, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtausgaben ins Unendliche steigen. Und wir erbringen mit den angeblich freiwilligen Zuschüssen in weiten Teilen Leistungen, die eigentlich vom Land erbracht werden müssen. Wenn z.B. die musische Bildung an den Schulen nicht in dem notwendigen Umfang geleistet werden kann, dann ist z.B. eine Jugend-, Musik und Kunstschule in Wirklichkeit keine freiwillige Leistung, sie ist ein notwendiger Bestandteil unserer Bildungslandschaft. Für diejenigen, die es immer noch nicht verstanden haben: Im Kinder- und Jugendhilfegesetz ist festgelegt, dass präventive Maßnahmen Pflichtaufgaben sind, auf jeden Fall der Sache nach. Ist ja auch logisch: Ihr macht doch auch den Ölwechsel um den Motoraustausch zu verhindern.

Um einmal mit einem alten Vorurteil aufzuräumen: In Remscheid haben wir im Bereich der Jugend und Sozialverbände keine doppelte und dreifache Aufgabenerledigung.

Dafür haben wir eine sehr starke Vernetzung, eine hervorragende Zusammenarbeit von Vereinen und Verbänden untereinander und mit der Jugend- und Sozialverwaltung für die Menschen unserer Stadt. Das ist etwas, worauf wir stolz sein können und auch stolz sind. Wir haben im Bereich der Vereine und

Gelöscht: 08:16:26

Grußwort des Bündnis für Remscheid (Norbert Horn 1. Vorsitzender AWO Kreisverband Remscheid) zum 1. Mai 2010 Es gilt das gesprochene Wort

Verbände mit der Jugend- und Sozialverwaltung die immer wieder von Außen erhobene Forderung nach Zusammenarbeit und Verbesserung der Angebote schon lange vollzogen. Wir können das:
Zusammenarbeiten !!

Das spart zum einen Geld und, was viel wichtiger ist, es hilft den Menschen an der Stelle, wo sie wieder auf die eigenen Füße kommen können.

Übrigens eine Zusammenarbeit, die wir bei den Remscheider Politikern vermissen. Wir sehen immer noch nicht, dass sich die Remscheider Politik gemeinsam für unsere Stadt einsetzt!! Ich betone: **GEMEINSAM!**

WIR erwarten, dass der Rat der Stadt Remscheid sich gemeinsam idiotischen Streichungen widersetzt. Wir erwarten, dass alle Remscheider Politiker die Oberbürgermeisterin darin unterstützen, das Soziale Netz in Remscheid zu erhalten und diese Stadt zukunftsfähig zu machen.

Wir erwarten, dass alle Parteien ihren Landes- und Bundespolitikern klar machen, dass man keine Gesetze zu Lasten der Kommunen machen darf und dass man seine Schulden bei den Kommunen zu bezahlen hat.

Wir erwarten, dass ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wird. Das hilft den Menschen und entlastet die Kommunen.

Dasselbe gilt für: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Und wir erwarten, dass es alle Parteien gemeinsam tun.

DENN WIR alle hier wissen, dass man gemeinsam viel mehr erreicht.

Lasst uns für UNSER Remscheid gemeinsam streiten. Ich danke für Eure Aufmerksamkeit.